

KOMMENTAR Krawalltourismus

Von Konrad Freiberg

Der Schock von Göteborg sitzt tief. Nach den gewalttätigen Krawallen anlässlich des EU-Gipfels, bei denen die schwedische Polizei auch Schusswaffen einsetzen musste, haben Bundesinnenminister Otto Schily und sein französischer Amtskollege Vaillant eine Sonderkonferenz der EU-Innenminister verabredet. In Göteborg habe sich endgültig gezeigt, dass Banden von Gewaltkriminellen systematisch versuchen, politische Gipfeltreffen zu stören. Der stellvertretende Vorsitzende des EU-Ausschusses für Freiheiten und innere Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten, Bernd Posselt (CSU), vermutet gar aufgrund von Informationen der tschechischen Polizei einen harten Kern, der mit hohem finanziellen und organisatorischen Aufwand die Krawalle gegen Regierungsgipfel steuert.

Die Regierenden in Europa, ohnehin verunsichert durch das mangelnde Interesse bis hin zur Ablehnung ihrer Pläne in den Bevölkerungen, werden durch die Gewaltausbrüche vor den Türen ihrer Sitzungssäle unmissverständlich auf Versäumnisse aufmerksam gemacht, die sie an der Inneren Sicherheit Europas seit Jahren begangen haben. Die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa und die Angleichung wichtiger Rechtsgebiete hinken der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung hinterher.

Schily hat recht, wenn er in dieser Situation noch einmal das deutsche Sicherheitskonzept gegen gewalttätige Hooligans bei der Fußball-EM 2000 auf den Tisch der Gemeinschaft legt. Aber nicht nur die erfolgreichen Ausreiseverbote für gewalttätige Veranstaltungsstörer sollten vorurteilsfrei geprüft werden, sondern auch die immer noch bestehenden Vorurteile gegen das Tätigwerden von Polizeikräften außerhalb ihres eigenen Staatsgebietes.

Der länderübergreifende Einsatz von Polizeikräften und der Einsatz des Bundesgrenzschutzes bei Großlagen, war - so wie er heute funktioniert - auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht immer eine Selbstverständlichkeit. In den Anfängen der Republik musste die Polizei auch hier gegen ein weit verbreitetes Kirchturmdenken kämpfen.

Wenn also mit Blick auf den G8-Gipfel in Genua die europäischen Innenminister sich auf ein koordinierte und hartes Vorgehen gegen grenzüberschreitende extremistische Kriminalität verständigen wollen, müssen viele über einen Schatten springen, der aus der deutschen Vergangenheit zwar zu Unrecht, dafür aber hartnäckig noch immer über der deutschen Polizei liegt. Dabei hat die deutsche Polizei Demokratisierungsprozesse hinter sich, die denen anderer europäischer Staaten gewiss nicht nachstehen, wenn man bedenkt, dass in einigen dieser Länder der Polizei nicht einmal Gewerkschaftsrechte zugestanden werden. An der Intensität und Selbstverständlichkeit der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa lässt sich auch der Grad des gegenseitigen Vertrauens messen, das die Länder der Gemeinschaft untereinander haben. Nicht nur anlässlich von Gipfeltreffen zeichnen gewalttätige Auseinandersetzungen ein schlechtes Bild vom gemeinsamen Europa. Deshalb sollen nicht nur seine Architekten künftig ungestört an ihrem epochalen

Werk arbeiten können. Auch die Bürger der Länder haben ein Recht auf Innere Sicherheit, auf eine präsente, personell ausreichende und gut ausgebildete Polizei. Es ist schon eigenartig, wenn ein Stadtteilfest wie in Dresden einen länderübergreifenden Einsatz auslöst, weil a) durch die Mobilität und das Freizeitverhalten unserer Gesellschaft jede beschauliche Fete zum Mega-Event ausartet und b) in Verbindung mit zu viel Alkohol ein Gewaltpotenzial freisetzt, dessen Vorhandensein immer erst dann nicht mehr ignoriert wird, wenn es zu Katastrophen kommt.

Deshalb dürfen auf einer Sonderkonferenz der Innenminister nicht nur bessere Absperurmaßnahmen bei künftigen Regierungsgipfeln auf der Tagesordnung stehen. Die europäischen Gesellschaften müssen über ihre Gewaltpotenziale nachdenken und darüber, was man gegen sie unternehmen kann.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 7/2001)